

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wochensatz: Abonnementspreis 0,75 RM.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Bestellungen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Einzel-Nummer)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.,  
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 64.

Berlin, Sonnabend, 12. August 1911.

Dreißundvierzigster Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis:

Noch die freie Meinung! — 12. ordentlicher Delegiertentag des Gewerksvereins der Deutschen Schneider. — 10. ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Bergarbeiter (S.-D.). — Allgemeine Kundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Noch die freie Meinung!

Wer in der Arbeiterbewegung tätig ist, der erfährt oft genug, daß die freie Meinung in keiner Partei mehr unterdrückt wird, als in der Sozialdemokratie. Wer nicht zu den „Genossen“ gehört, der muß es sich gefallen lassen, von ihr entweder als Idiot oder als Lump behandelt zu werden. Von der Achtung einer anderen Gesinnung weiß man in der Partei der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ nichts. Selbst Parteiangehörige finden, wenn sie eine von der herrschenden abweichende Meinung vertreten wollen, keine Gelegenheit, in der sozialdemokratischen Presse ihre Ansicht zur Geltung zu bringen. Dafür legt von neuem ein Vorgang Zeugnis ab, der sich kürzlich in Solingen ausgetragen hat.

Wie wir im Leitartikel unserer Nr. 57 mitteilten, hatte die in Solingen erscheinende „Vergleichliche Arbeiterstimme“ den Buchdruckerverband wegen seiner Haltung im Berliner Zeitungskonflikt als eine gelbe Streikbrecherorganisation bezeichnet. Die Solinger Buchdrucker, welche im Gegensatz zu ihren Reichsdecker Kollegen sich gegen die von der Gewerkschaftskonferenz angenommene Resolution ausgesprochen hatten, also im Grunde genommen denselben Standpunkt vertraten wie das genannte sozialdemokratische Blatt, waren trotzdem über diese unerhörte Beschimpfung ihrer Organisation so empört, daß sie den Vorstand ihres Ortsvereins beauftragten, folgende Erklärung an die „Vergleichliche Arbeiterstimme“ zu schicken:

Der Vorstand des Ortsvereins Solingen und mit ihm die überwiegende Mehrheit der organisierten Buchdrucker Solingens, auch diejenigen Kollegen, welche sich mit der Resolution der Gewerkschaftskonferenz nicht einverstanden erklären können, kann sich mit der Haltung der „Vergleichlichen Arbeiterstimme“ bzw. der „Reichsdecker Arbeiterzeitung“, welche diese in letzter Zeit zum Berliner Buchdruckerkonflikt insbesondere den Reichsdecker Kollegen gegenüber eingenommen haben, nicht einverstanden erklären.

Die Solinger Buchdrucker halten es eines Arbeiters für unanständig, daß dieses in einer solchen Art und Weise, wie es hier geschehen, eine freie Organisation bzw. deren Zeitung und einen Teil der Mitglieder, welcher nicht seine Ansicht teilen kann, aber immerhin das Beste für seine Organisation erstrebt, bekämpft.

Die Solinger Buchdrucker hoffen, daß die oben genannten Blätter die bis jetzt geläufige Polemik gegenüber den Buchdruckern unterlassen, da dieselbe nur zur Erbitterung führen kann und nicht dazu angeht, der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen zu dienen.

## Der Vorstand des Ortsvereins Solingen.

Was tat darauf die Redaktion des sozialdemokratischen Blattes? Sie unterschlug einfach die Veröffentlichung dieser Erklärung, so daß der Ortsvereinsvorsitzende sich genötigt sah, bei der Redaktion deshalb vorstellig zu werden. Da aber kam er schon an. Es wurde ihm einfach geantwortet, daß der Vorstand des Ortsvereins Solingen nicht der Anwalt der Reichsdecker Kollegen sei. Wenn diesen die Schreibweise des Blattes nicht passte, so sollten dieselben selbst dagegen Stellung nehmen. Die „Vergleichliche Arbeiterstimme“ habe mit ihren Artikeln auch nicht die Gesamtorganisation, sondern nur — die famosen Führer derselben treffen wollen. Im übrigen ließe sich die Redaktion keine Vorschriften über ihre Schreibweise machen;

wenn die Buchdrucker etwas wollten, so sollten sie sich bei der Preßkommission beschweren. Und zum Schluß mußte sich der Vorsitzende des Buchdruckervereins von dem Herrn Chefredakteur des sozialdemokratischen Blattes noch jagen lassen, die Solinger Buchdrucker hätten wohl Angst bekommen und wollten sich mit dieser Erklärung lieb kind nach oben machen, nachdem sie erst so rabiat gegen und sich gegen den Zentralvorstand aufgelehnt hätten. Die Veröffentlichung der Erklärung unterblieb also. Und eine solche Behandlung müßten sich Arbeiter von einem Blatte gefallen lassen, das angeblich nur die Interessen der Arbeiter vertritt. Man weiß wirklich nicht, was man mehr beurteilen soll, den infamen Vorwurf der gelben Streikbrecherorganisation gegen den Buchdruckerverband oder die Art, wie hier eine Arbeiterzeitung eine Meinungsäußerung unterdrückt, die ihr nicht in den Kram paßt. Zur Charakterisierung der sozialdemokratischen Presse ist der Vorgang jedenfalls überaus bezeichnend. Unter den Mitgliedern des Buchdruckerverbandes hat zweifellos die Haltung eines Teils der sozialdemokratischen Presse in dem Berliner Zeitungskonflikt viel zur Klärung beigetragen. Die Radikalen sind im Grunde ihres Herzens Gegner jeder praktischen Gewerkschaftsarbeit. Diese Erkenntnis wird sich hoffentlich mit der Zeit auch in anderen „freien“ Gewerkschaften Bahn brechen.

Uebrigens ist das Verhalten der „Vergleichlichen Arbeiterstimme“ typisch für die gesamte sozialdemokratische Presse. Man male sich danach einmal aus, wie es in einem Staat bergehen muß, in welchem diese Sozialdemokratie die Herrschaft hat! Von einer freien Meinungsäußerung kann da nicht die Rede sein, und man wird unwillkürlich an das Wort erinnert, daß es im sozialdemokratischen Zukunftsstaat schließlich noch schlimmer hergehen muß als im Zuchtthau.

## 12. ordentlicher Delegiertentag des Gewerksvereins der Deutschen Schneider. (Fortsetzung.)

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete der Kassenbericht, erstattet vom Hauptkassierer Luchsche, der den gedruckt vorliegenden Bericht mündlich ergänzte. Reichhaltiges und hochinteressantes Zahlenmaterial wurde dabei geboten. Eingangs wurde auf die großen Ausgaben hingewiesen, die durch Lohnbewegungen veranlaßt wurden, und die aus diesem Grunde ausgeschriebenen Extrabeiträge brachten der Kasse 11 070 Mark ein. An Streikunterstützung wurden gezahlt 51 027,80 Mark (wovon auf den Streik in Stettin und Finkenwalde allein 33 578,35 Mark entfallen). Die Einigungsverhandlungen, Kommissionsleistungen, Druck für Tarife und dergleichen verurichteten 9743,22 Mark Unkosten. Die Gesamteinnahmen in der Berichtsperiode beliefen sich auf 127 888,35 Mk., die Gesamtausgaben auf 137 530,49 Mk.; das Defizit mußte aus den vorhandenen Beständen gedeckt werden. Das Gesamtvermögen der Hauptkasse betrug Ende 1910 59 713,67 Mark. Da auch für die Zukunft schwere Stände nicht ausgeschlossen erscheinen, sprach sich Medner für die Erhöhung der Beiträge und Einführung von Staffelpflichtbeiträgen aus.

Die Unterstützungskasse hatte 12 417,99 Mark Einnahmen. Für Reiseunterstützung wurden gezahlt 1715,96 Mark, für Heberieidungsbeihilfe 1799,98 Mark, für Arbeitslosenunterstützung 4150,50 Mark, für Beitragsdeckung 967,81 Mark, für Notstandsunterstützung 2715 Mk., für Krankheitssteuer-Unterstützung 1078 Mark, für Witwenunterstützung 370 Mark. Nähmaschinen wurden 75 geliefert, für Bildungsbestrebungen (Nachkurse, belebende Vorträge, Zeitschriften) wurden 2381,08 Mark aufgewandt.

Auch im Fachorgan „Der Berichterstatler“ wurde für Aufklärung und Belehrung der Mitglieder in reichem Maße Sorge getragen.

Lokalassen sind in 35 Vereinen eingeführt. Bis Ende 1910 hatten sie 14 561,28 Mark Einnahmen und 7117,84 Mark Ausgaben. Ihr Vermögensbestand Ende 1910 betrug somit 7443,44 Mark. Das Gesamtvermögen des Gewerksvereins wies Ende der Berichtsperiode 77 484,24 Mark auf, gegen 65 648,71 Mark am Ende der vorigen Berichtsperiode.

Nachdem hierauf der Hauptrevisor Prielow den Revisionsbericht erstattet hatte, der eine musterhafte Geschäftsführung konstatierte, wurde dem Hauptkassierer Luchsche einstimmig Entlastung erteilt.

Inzwischen waren wieder verschiedene Begründungsschreiben eingegangen, nach deren Verlesung der Gewerksvereinsvorsitzende Krüger sein ausführliches Referat über die Lohnbewegungen, an denen der Gewerksverein der Schneider beteiligt war, erstattete. Wenn auch schon früher in den Ortsvereinen das Bestreben bemerkbar war, Tarife einzuführen oder, wo sie bereits bestanden, sie zu verbessern, so hat sich dieses Verlangen in den letzten Jahren wesentlich gesteigert. Dazu beigetragen hat vor allem die Verteuerung der Lebenshaltung, insbesondere auch die Reichsfinanzreform, durch welche der Arbeiterstand weitere schwere Lasten aufgebürdet worden sind. Diese Lasten haben die Mitglieder mit Gewalt aufgebürdet zur Erriingung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Eritreulicherweise ist dieses Bestreben auch vielfach von Erfolg gekrönt gewesen, wenn auch nicht alles erreicht worden ist, was gefordert wurde. Von 69 Bewegungen, an denen der Gewerksverein beteiligt war, endeten 56 durch friedlichen Abbruch und brachten den Mitgliedern zum Teil recht wesentliche Vorteile. Auch in der Konfektion war es möglich, Fortschritte zu erzielen. Leider aber muß konstatiert werden, daß gerade in dieser Branche noch Tausende der Kollegen der Organisation fernstehen und es noch vieler Mühe bedarf, diese Individuen zum Zusammenschluß mit ihren Berufscollegen zu bringen. Von den 13 Lohnbewegungen, die auf friedlichem Wege nicht beendet werden konnten, waren 10 Angriffsstreiks und 3 Ausbesserungen, an denen insgesamt 2542 Mitglieder beteiligt waren. Auch von diesen Bewegungen endeten 3 mit einem vollen, 7 mit einem teilweisen und 3 ohne jeden Erfolg. Am 1. Juni 1911 war der Gewerksverein an 77 Tarifen beteiligt, die für 2711 Betriebe Geltung haben.

In lebhaften Farben schilderte der Vortragende die einzelnen Vorgänge im Kleinkrieg bei diesen Bewegungen und die großen Widerstände, die auf beiden Seiten noch zu überwinden sind, um die Beteiligten von der Notwendigkeit der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu überzeugen. Der Vortrag wurde mit großer Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall entgegengenommen. Im Saden der Bekleidungsämter wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Der am 6. August 1911 und folgenden Tagen in Berlin stattfindende zwölfte Delegiertentag des Gewerksvereins der Deutschen Schneider u. verw. Vereine nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß den Arbeitern der Bekleidungsämter gestattet wird, nachdem sie in der Werkstatt ihre Kraft tagtäglich im Dienste des Staates angestrengt haben, in ihrer freien Zeit noch für andere Geschäfte zu arbeiten, um auf diese Weise einen Lohnausgleich herbeizuführen.

Die Zivilschneider erkliden mit Recht darin eine Schädigung ihrer Ehre und erziehen das Kriegsministerium um ein striktes Verbot.

Der Delegiertentag stimmt ferner der Forderung der Staatsarbeiter auf Lieferung der Furnituren zu. In jedem Tarifvertrage wird den Werkstattarbeitern die freie Lieferung aller Furnituren gefordert; nur die Bekleidungsämter machen davon eine Ausnahme.

Der Delegiertentag fordert von der Regierung, das den Forderungen der Staatsarbeiter Rechnung getragen wird, erwartet aber auch von der Volkswirtschaft, nicht früher zu ruhen, bis gesunde Arbeits- und Lohnverhältnisse in den Staatsbetrieben eingeführt sind.

Ein Antrag, zu solchen Tarifverhandlungen, bei denen mehrere Berufsgruppen, z. B. Zivil- und Uniformschneider in Betracht kommen, je einen in der betreffenden Branche beschäftigten Kollegen zuzuziehen, wurde angenommen.

Damit war dieser Punkt der Tagesordnung erledigt, und den geschäftsführenden Beamten sowie dem Hauptvorstande wurde für ihre Tätigkeit der Dank ausgesprochen und Entlastung erteilt.

Der Vorsitzende Krüger referierte sodann in ausführlicher Weise über das Heimarbeitsgesetz und beantwortete folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde:

„Der am 6. August und folgende Tage in Berlin stattfindende Delegiertentag des Gewerkevereins der Deutschen Schneider und verwandten Berufsgenossen schließt sich den Forderungen des am 12. Januar in Berlin stattgefundenen Heimarbeitertages voll und ganz an.“

Ferner wünscht der Delegiertentag die Unterstellung aller Zwischenmeisterbetriebe, auch solcher, in denen nicht ausschließlich zur Familie gehörige Personen beschäftigt werden, unter das Hausarbeitsgesetz. Der Delegiertentag erwartet überdies, daß der Gesetzentwurf noch in dieser Legislaturperiode zur Erledigung gelangt.“

Anschließend hieran hielt Kollege Krüger ein Referat über „Unser Vertragsverhältnis mit dem Arbeitgeberverband“. Ausführlich ging Redner auf das Zustandekommen der Tarifverträge im Schneidergewerbe ein und wies nach, welcher mühevollen Arbeit es bedurft hat, bis auch die Arbeitgeber von der Wichtigkeit der Tarifkämpfe überzeugt waren. Dieser unermüdbaren Tätigkeit ist es zu verdanken, daß der Tarifgedanke sich immer weiter Bahn gebrochen hat und auch im Arbeitgeberverband man immer mehr und mehr von seiner Notwendigkeit überzeugt ist. Hochinteressant waren die Mitteilungen über verschiedene Vorkommnisse bei den Tarifverhandlungen.

In der auf den Vortrag folgenden Aussprache wurde erwähnt, daß vielfach die Mitglieder mit den durch die Hauptvorstände getroffenen Vereinbarungen nicht einverstanden sind und wünschen, daß sie selbst die letzte Entscheidung zu treffen haben. Gegen diese Auffassung wurde von den Delegierten Widerspruch erhoben und eine Aenderung in dem bisherigen Verfahren abgelehnt. Von dem Kollegen Fittke-Tanzig wurde angeregt, dahin zu wirken, daß unorganisierte Schneider und Konfektionsarbeiter von den den Tarifen angeschlossenen Firmen nicht beschäftigt werden, ebenso wie organisierte Arbeiter bei unorganisierten Arbeitern nicht in Arbeit treten dürfen. Im Anschluß daran wurden folgende Anträge angenommen:

1. Der Hauptvorstand wird beauftragt, zu den Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband zwei Beamte des Hauptvorstandes und außerdem zwei Kollegen zu bestimmen, welche an den Verhandlungen teilnehmen müssen.
2. Beim Abschluß von Tarifverträgen dahin zu wirken, daß nur Organisationen zugelassen werden, die für ein freies Koalitionsrecht eintreten.

(Schluß folgt.)

### 10. ordentliche Generalversammlung des Gewerkevereins der Bergarbeiter (S.-D.).

Wanne, den 9. August 1911.

Hier trat am Sonntag, 6. August, die Generalversammlung unseres Gewerkevereins der Bergarbeiter zusammen. 22 Delegierte waren erschienen. Gegen 10 1/2 Uhr fand die Eröffnung der Verhandlungen statt, die der Vorsitzende des Gewerkevereins Franz Schmidt-Oberhausen (Rheinpr.) mit einer Begrüßungsansprache einleitete. Verbandsvorsitzender Karl Goldschmidt überbrachte die Grüße und Wünsche der Verbandsleitung und des Zentralrates, Kollege Saltenberg-Düsseldorf tat ein Gleiches für den Rheinisch-Westfälischen Ausbreitungsverband und Kollege Hardke-Wanne für den Wanner Bezirk der Bergarbeiter-Ortsvereine. Die Presse war stark vertreten. In das Bureau wurden gewählt, zu Vorsitzenden Franz Schmidt-Oberhausen und L. Stark-Dortmund; zu Schriftführern E. Stipp-Meggen und R. Rajonk-Bismarck II.

Erster Hauptgegenstand der Tagesordnung war ein Vortrag des Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt über „Was bringt die neue Reichsversicherungsordnung?“ In fünfviertelstündiger Rede besprach der Vortragende die Licht- und Schattenseiten des neuen Gesetzeswerkes und gab so ein klares Bild von dem

kommenden Rechtszustand in der sozialen Versicherungsgebarung. Der Vortrag wie auch die Anfründigung, daß die Verbandsleitung in Wäde zu einem billigen Preise ein Buch über die Reichsversicherungsordnung herausgeben werde, fand lebhaften Beifall. Die Diskussion, an welcher sich mehrere Delegierte, u. a. Goebat-Dortmund, Mich-Rokittnis (S.-D.), Brüll-Oberhausen, Saltenberg-Düsseldorf, Stunar-Zhalke und der Referent beteiligten, vertiefte das Interesse an dem neuen Gesetzeswerk, und einzig waren alle Redner darin, daß die Arbeit sofort beginnen müsse, dringend notwendige Verbesserungen an der Reichsversicherungsordnung energig anzustreben.

Nach der Mittagspause erlittete Vorsitzender Schmidt den Tätigkeitsbericht, der in einer 68 Seiten starken Broschüre gedruckt vorlag. Der Bericht behandelte die allgemeine wirtschaftliche Lage, die Steuern-, Erze-, Salz- und Förderungs-, die Ein- und Ausfuhr an diesen Produkten und ihren Wert, die Lieferverhältnisse der Werke und die Vergarbeiterlöhne, die Werksbesitzerverbände, den Vergarbeiterstand und die Arbeitervereine, die Lohnbewegungen und Streiks, die Mitigation für die Ausbreitung des Gewerkevereins, die bergmännischen Wahlen, die Presse, das Verhältnis zu anderen Organisationen, die internationalen Beziehungen u. a. m.

Zeit dem Delegiertentag 1909 hat sich die Mitgliederzahl von 2064 auf 4200 gehoben, also verdoppelt. Die Zahl der Ortsvereine beträgt 118.

Gegen 5 Uhr wurden die Verhandlungen auf Montag früh 8 Uhr verlegt. Die Delegierten folgten einer Einladung zum gemeinsamen Gewerkevereinsfest der Ortsvereine der Vergarbeiter im Bezirk Wanne. Der große Garten und die Hallen der „Alora“ konnten die Besucher kaum fassen; es war knüppelbete voll. Das Konzert lieferte die Bergkapelle, die für ihre Leistungen wohlverdienten Beifall fand. Der Männergesangverein „Victoria“ aus Eidel brachte aufgewählte Lieder zu Gehör. Besonders gut gefielen die ersten Lieder: „Wenn schwarze Mittel scharenweis hinab zur Grube ziehen“ und „Dir Vaterland in Sturm und Not“. Als sodann nach einer kurzen Begrüßungsansprache Kardes das Signal zur Feiertage des Verbandes erteilte, wurden Karl Goldschmidt gegeben wurde, war bald jedes freie Stuhlplätzchen vor dem Podium und im ganzen Garten besetzt. Die wichtige, von aufrichtiger Vaterlandsliebe befeuerte Rede behandelte das Gewittergewölk am internationalen Horizont, den Weltkrieg, das Schiedsgericht, die unerhörte Kriegesbegeisterung, die Väter und leitete dann über zu dem aboluten Herrenrentum der Industriefröndige, die keine Verfassung wollten und die Arbeiter als recht- und willenlose Werkzeuge behandelt wissen wollten. Die Zeit des aboluten Königtums sei vorbei und Fürst und Volk hätten dabei gewonnen. Auch im Bergbau sei der Zustand unhaltbar geworden, daß die Vergherren sich weigerten zu den Vergarbeiterorganisationen in ein konstitutionelles Verhältnis einzutreten. Es sei sicher, daß die Idee der Gewerkevereine siegreich sein werde in der Arbeiterbewegung und in der Seitaltung des Rechtsverhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern. Die Rede erweckte große Begeisterung in der dichtgedrängten Zuhörermafse und sie fand am Schluß lang andauernden Beifall.

Montag und Dienstag wurden die Anträge zum Statut verhandelt. Die Beiträge wurden auf 30, 40, 50 und 60 Pfg. festgesetzt und 15 Pfg. monatlich als Agitationsbeitrag, wovon 10 Pfg. in die Hauptkasse und 5 Pfg. in die Lokalkasse fließen. Auch die Unterstützungsätze wurden neu geordnet und verbessert und die Anträge auf Antstellung von Bezirksleitern wurden dem Hauptvorstand zur möglichen Berücksichtigung überwiesen. Den Schluß der Verhandlungen bildeten die Vorträge von Brüll-Oberhausen und Schmidt-Oberhausen über den Stand der Vergelegebung und die Forderungen des Gewerkevereins auf knappschafflichem Gebiete. Beide Referenten empfahlen die Annahme folgender Resolution:

„Die Generalversammlung steht nach wie vor auf dem Standpunkte der Resolution betr. Reichsberggesetz vom Kongreß 1909 in Berlin. Sie macht die alte Forderung der Vergarbeiter, abgesehen auf ein einheitliches Reichsberggesetz für jede Art des Bergbaus, zu der ihrigen. Vor allem fordert sie die achtstündige Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt und vor heissen (über 28 Grad Celsius) und nassen Orten die sechsstündige Arbeitszeit. In bezug auf die Grubenkontrolle hält die Versammlung ebenfalls an der Forderung des vorgenannten Kongresses fest, der die Antstellung von Arbeiterkontrollanten forderte, die in direkter und allgemeiner Wahl von den Bergarbeitern gewählt und öffentlichen Mitteln entsandt werden. Die jetzt bestehende Einrichtung der Sicherheitsmänner kann nicht befriedigen, da diese von den Werksbesitzern abhängig sind. Ferner fordert die Versammlung die reichsgesetzliche Regelung der bergmännischen Wahlen, insbesondere die geheime und direkte Wahl für alle knappschafflichen Wahlen und Wählbarkeit der Knappschaffsinsaliden und der freiwillig weitergehenden Klassen-

mitglieder. Die Generalversammlung fordert ferner eine Vereinfachung des deutschen Knappschaffswesens in dem zu identifizierenden Reichsberggesetz und Zentralisation der deutschen Knappschaffsvereine. Zu befestigen ist die Bestimmung im Gesetz, wonach innerhalb eines Knappschaffsvereins von jedem Werk resp. einer Gruppe von Werken besondere Antragsstellen errichtet werden dürfen, da diese Einrichtungen eine weitere dauerhafte Zersplitterung des Knappschaffswesens bedeuten. Ebenso erucht die Versammlung, die Leistungen der Knappschaffsvereine entsprechend zu erhöhen und zwar so, daß das Antragsgeld drei Viertel des verdienten Lohnes beträgt und die Höchstgrenze des zur Berechnung stehenden Lohnes bis auf sechs Mark erhöht wird. Die Invalidentät muß nach 25jähriger Dienstzeit in Höhe von zwei Dritteln des verdienten Dauerlohnes ohne Nachweis der Invalidentät gezahlt werden.“

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach Erledigung der Tagesordnung war noch ein von drei Delegierten unterzeichneter Beidlagsantrag eingegangen, in welchem der Wunsch zum Ausdruck gebracht wird, daß unter den Vergarbeitern der verdienstlichen Richtungen Einsätze hergestellt und dauernd erhalten werden. Vorsitzender Schmidt bemerkte dazu, der Antrag könne leider wegen der vorgerückten Zeit nicht mehr diskutiert werden; aber er könne wohl sagen, wir alle haben den Wunsch, daß der Bruderkampf aufhöre, der uns recht große Wunden schlägt. Diesen Wunsch hat auch die heutige Generalversammlung.

Am Ende der Verhandlungen hielt der Verbandsvorsitzende Karl Goldschmidt folgende Schlußrede:

„Kameraden! Wir stehen am Ende unserer Beratungen. Drei heiße Tage hielten uns hier bei erster Arbeit verammelt. Gluthitze umringt uns. Aber alle hier Vermittelten, einschließlich der Vertreter der Presse, denen wir zu ganz besonderem Danke verpflichtet bleiben, sind an einen harten Dienst gewöhnt. Wir haben fleißig gearbeitet. Das war möglich, weil uns trohe Begeisterung erfüllt für die Sache des Gewerkevereins der Vergarbeiter.“

Die „Wanner Zeitung“ widmete unserer Tagung einen sympatischen Begrüßungsartikel, worin sie auch den reichen Aufschwung von Wanne klugvoll schilderte. Ich nehme unserer Tagungsorg schon seit nunmehr 30 Jahren und habe den reichen Aufschwung von kleinen Dörfern zu einem wichtigen Mittelpunkt des deutschen Bergbaues beobachtet können. Reich sind hier die Schätze des Bodens, die in fleißiger Arbeit von den mutigen Knappen aus der Tiefe ans Tageslicht gehoben werden.“

Der Bergbau bildet die Basis der sich darauf aufbauenden weitverzweigten Industrie. Darum ist der Friede im Bergbau die Voraussetzung für einen ungehörten Fortgang der übrigen Industrie und des vorläufig noch auf die Stöble angewiesenen Eisenbahnverkehrs, wieder eines der wichtigsten Lebenselemente der gesamten Volkswirtschaft. Dies wissend, erkennen wir auch, daß die Verantwortung der Organisationen sowohl der Unternehmer wie der Arbeiter für die Erhaltung des Friedens groß ist. Der Gewerkeverein der Vergarbeiter bleibt sich dieser Verantwortung bewußt. Von der Unternehmensorganisation kann ich leider nicht sagen, daß sie sich bei den Konflikt in der Vergangenheit dieser Verantwortung bewußt war, wie sich das schon ergibt aus ihrer hartnäckigen Weigerung, mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen zu verhandeln.

In meiner Feiertage am Sonntag habe ich der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Unternehmer diesen ablebenden Standpunkt nicht dauernd aufrecht erhalten können. So lange sie es aber tun, fällt die Verantwortung für Ausstände mit allen Folgen allein auf ihr Haupt.

Es ist das Recht der Arbeiter, auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Löhne, der Arbeitszeit, des Arbeiterschutzes, insbesondere des Schutzes von Leben und Gesundheit, ernstlich bedacht zu bleiben. Und Sache des Gewerkevereins der Vergarbeiter ist es, die bezüglichen Forderungen zu vertreten und zur Durchführung bringen zu helfen.

Sie möchte ich aufmerksam machen auf die vom Verbandstage der Deutschen Gewerkevereine beschlossene Leitlinie vom Stadtrat Dr. Fleisch-Frankfurt a. M. für die Umwandlung des Arbeitsverhältnisses aus einem Gewaltverhältnis in ein Rechtsverhältnis. Sie haben die Aufgabe, diese Leitlinie verwirklichen zu helfen. Die bürgerlichen arbeitserfreundlichen Parteien müssen sich der gesetzgeberischen Durchführung dieser Leitlinie annehmen. Jeder wirke darauf hin, auch in der Partei, der er angehört. Dem wissenschaftlich längst überlebten Marxismus würden dadurch die ihm jetzt noch anhängenden Massen entzogen werden. Für die Ausbreitung der nationalen Auffassung in der Arbeiterbewegung wäre dies von großem Vorteil und damit der Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung auf dem Boden der Gewerkevereine die Tore breit geöffnet.

Kameraden! Sie haben alle wichtigen Beschlüsse mit großer Einmütigkeit gefaßt. Das Statut hat



dadurch wichtige Verbesserungen erzielen. Es wird ihnen und allen Mitgliedern dadurch möglich gemacht, erfolgreich für die weitere Ausbreitung des Gewerkevereins zu wirken. Mit Kraft, Energie und froher Begeisterung gehen Sie nach Rückkehr in die Heimat von neuem ans Werk. Möge die Arbeit vollen Erfolg bringen. Meine Segenswünsche begleiten Ihre Arbeit. Glück an!

Kameralv. d. Seide. Wanne wünschte allen Delegierten eine glückliche Heimreise. Mit einem stürmischen Wiederhall findenden Hoch auf den Gewerkeverein der Vergarbeiter und den Verband der Deutschen Gewerkevereine schloß Vorsitzender Franz Schmidt am Dienstag abend 6 1/2 Uhr die Verhandlungen der 10. Generalversammlung. t.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 11. August 1911.

Die Reichsversicherungsordnung ist im Reichs-gesetzblatt veröffentlicht worden, und damit treten einzelne Teile derselben schon jetzt in Kraft. Gemäß Artikel 38 des Einführungs-gesetzes hat der Reichs-kanzler unter dem 1. August einen Erlass veröffentlicht, der sich auf das Verfahren bei Anstellung, Kündigung und Entlassung von Angestellten und Beamten der Krankenkassen, sowie auf die Regelung der Streitigkeiten aus deren Dienstverhältnis bezieht. Alle diese Fragen sollen künftig durch die Versicherungsämter und Oberversicherungsämter erledigt werden. Solange diese Einrichtungen aber noch nicht bestehen, sollen die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung bzw. das Reichsversicherungsamt ihre Funktionen ausüben.

Nach dem Erlasse des Reichskanzlers sind die-jenigen Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung zu-ständig, in deren Bezirk die beteiligten Kranken-kassen ihren Sitz haben. Nicht der Bezirk der Krankenkasse nicht über das Gebiet des Bundes-staates hinaus, so entscheidet als höchste Instanz das Landesversicherungsamt, sonst das Reichs-versicherungsamt. Ist die Entscheidung von einem Spruchsenat zu treffen, so entscheiden beim Reichs-versicherungsamt der verstärkte Senat, bei den Lan-desversicherungsämtern die vorhandenen Senate. Für die Bestätigung der Beschlüsse des Kranken-kassenvorstandes sowie für die Bestellung der für die Geschäftsführung der Krankenkasse erforderlichen Personen sind die Beamten des Reichsversicherungs-amtes (Landesversicherungsamtes) zuständig. Ueber Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis der An-gestellten entscheidet das Schiedsgericht für Arbeit-terversicherung, auf Beschwerde die Senate des Reichs- bzw. Landesversicherungsamtes. Die Be-schwerdefrist beträgt einen Monat nach Zustellung der angefochtenen Entscheidung.

Für das Verfahren bei Entlassung eines Ange-stellten wegen Vernehmens gegen die Dienstordnung gelten folgende Bestimmungen: Dem betreffenden Angestellten ist eine Anklageurkunde schriftlich zugustel-len, er muß gehört werden und kann sich auch einen Verteidiger wählen. Eine Beschwerde steht ihm an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu, das nach freier, aus den Verhandlungen und Beweisen geschöpfter Ueberzeugung entscheidet. Gegen diese Entscheidung ist dann noch eine Beschwerde an die genannten Senate des Reichs- bzw. Landesver-sicherungsamtes zulässig.

Die Frau im Handwerk. Der preussische Handels-minister hat an die Aufsichtsbehörden der Hand-werkskammern einen Erlass gerichtet, der davon ausgeht, daß die Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen für Handwerker gegenüber den weib-lichen Gewerbetreibenden vielfach voneinander ab-weicht. Die Gewerbeordnung macht, abgesehen von den Arbeiterschutzbestimmungen für Frauen hinsicht-lich der Ausübung des Gewerbebetriebes keine n-Unterschied zwischen männlichen und weib-lichen Gewerbetreibenden. Infolgedessen finden auch die Vorschriften der Gewerbeordnung über das Vehrungsverhalten, über die Ablegung der Gesellen- und Meisterprüfungen und über die Bezugnis zur Vehrungsverhalten gleichmäßige Anwendung. Was die Zulassung der Frauen zu den Gesel-len- und Meisterprüfungen anlangt, so ist zu berücksichtigen, daß bis vor kurzem in den Be-stimmungen über die Ausbildung und Anleitung von Lehrlingen, sowie über die Ablegung der Gesel-len- und Meisterprüfungen weibliche Personen meistens nicht berücksichtigt waren. Es scheint da-ber billig, daß die Frauen während einer gewissen Uebergangszeit zu den Prüfungen auch dann zuge-lassen werden, wenn sie die vorgeschriebene Vehr- und Gesellenzeit oder die Ablegung der Gesellenprü-fung nicht nachzuweisen vermögen. Ebenso soll weib-lichen Gewerbetreibenden gegenüber, denen aus be-sonderen Gründen die Ablegung der Meisterprüfung nicht zugemutet werden kann, von der in das Er-messen der Behörden gestellten Verleihung der Ver-

tragnis zur Anleitung von Lehrlingen ein wobl-wollender Gebrauch gemacht werden. So-wweit sich durch die Veranziehung der weiblichen Handwerker die Einrichtung vermehrter Prüfungs-ausschüsse und Kommissionen als erforderlich her-ausstellt, ist Bedacht darauf genommen worden, daß für die Frauen besondere Ausschüsse und Kommissio-nen gebildet werden, in welche auch weibliche Hand-werker zu berufen sind. Schließlich werden auch geeignete Kurse zur beruflichen Ausbildung der Frauen veranstaltet werden und die Vehrstellver-mittlung soll auf weibliche Personen ausgedehnt werden. Der Minister ist bereit, hierfür staatliche Beihilfen zu bewilligen.

Wieder einmal müssen wir Kenntnis ge-ben von dem Ableben eines alten Gewerke-vereinsführers. Am Dienstag, den 8. August, nachmittags 3 1/2 Uhr ist der langjährige Vor-sitzende des Generalkrats der Holzarbeiter und Redakteur der „Eiche“

### Rudolf Bahle

nach kurzer Krankheit im Alter von 73 Jah-ren in Berlin verstorben.

Viele Jahre lang hat der Verstorbene in seinem Gewerkeverein am leitender Stelle ge-standen, bis er vor drei Jahren in den Ruhe-stand vertritt wurde. Auch mit der Verbands-gemeinschaft war er eng verbunden. Auf viel-len Verbandstagen vertrat er seinen Gewerke-verein, außerdem war er lange Zeit hindurch Vertreter im Zentralrat und auch Mitglied des Verbandsbureaus. Bahle war ein über-zeugter Gewerkevereiner, der für unsere Sache zu jeder Zeit mit seiner ganzen Persönlichkeit einzutreten bereit war. Ein dauerndes An-denken ist ihm deshalb weit über den Kreis seines Gewerkevereins hinaus gesichert.

Gegen das Koalitionsrecht hat der in Stutt-gart tagende Zentralverband deutscher Bäderinnun-gen „Germania“ scharf gemacht und in einer Reso-lution mit Bedauern festgesetzt:

„daß die unbedingte Koalitionsfreiheit der Ar-beiter zu Auswüchsen geführt hat, welche sowohl für die Arbeitgeber als auch für die nichtsozialdemokratischen Arbeiter untraglich geworden sind. Die Drohungen und Mißhandlungen Arbeitswilliger, sowie die Ver-würfungen und Boykottierung der Gewerbetreibenden sind eine Gefahr für die bürgerliche Gesellschaft und erfordern dringend eine Verschärfung der ge-setzlichen Bestimmungen.“

Weiter wird festgestellt, daß der Mißbrauch der Koalitionsfreiheit im Bädergewerbe zu schweren Schädigungen geführt habe und die Selbsthilfe der Meister nicht genüge, dem großen Unfug der öffentlichen Boykottierung entgegenzutreten. Das heißt mit anderen Worten, daß nun der Staat eingreifen und „die Auswüchse des Koalitions-rechts“ beseitigen soll. Wir geben ohne weiteres zu, daß namentlich von „frei“ gewerkschaftlicher Seite mit dem Koalitionsrecht oft arger Mißbrauch ge-trrieben wird. Trotzdem müssen wir als nichtsozial-demokratische Arbeiterorganisation, deren Mitglie-der unter jenen Mißbräuchen oft genug schwer zu leiden haben, gegen jede Einschränkung des Koalitionsrechtes entschiedenen Verwahrung einlegen. Wer gegen die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen verstößt, der soll bestraft werden, und wer die freie Meinung des anderen nicht achtet, der muß es sich gefallen lassen, daß gegen ihn entsprechende Maß-nahmen getroffen werden. Dazu aber genügen die bestehenden Strafgesetze durchaus. Nicht Einschrän-kung des Koalitionsrechtes, sondern Ausbau und Sicherung desselben ist für uns die Lösung!

Arbeiterbewegung. Der Kampf in der mittel-deutschen Metallindustrie zieht immer weite-re Kreise. Der Verband der sächsischen Industriellen hat in seiner Generalversammlung beschlossen, 60 Prozent aller Metallarbeiter zur Unterstützung der vom Streik betroffenen Firmen auszusparen. Es wird auch befürchtet, daß der Kampf noch weite-re Ausdehnung annimmt und eventuell auch auf Berlin ausgedehnt wird. — In der Eisengießerei von Scheidt & Bachmann in Gladbach sind 270 Arbeiter beurlaubt, die zur Entlassung von 270 Arbeitern führten. Als die Firma aus Ham-burg Arbeitswillige herangeschafft hatte, kam es vor der Fabrik zu heftigen Zusammenstößen. — In einer Binarenfabrik in Keldenskirchen am Niederrhein legten die Arbeiter die Arbeit nieder, worauf die Unternehmer die allgemeine Ausper- rung in sämtlichen Betrieben androhten. Sollte bis nächsten Sonnabend keine Einigung erzielt sein,

werden sämtliche Arbeiter in den niederrheinischen Zigarrenfabriken ausgesperrt. — Auch auf der Schichauwerk in Elbing sind die Arbeiter in eine Bewegung eingetreten. Sie haben in einer Verammlung beschlossen, Lohnforderungen einzu-reichen, und zwar für Arbeiter mit weniger als 30 Bfa. Stundenlohn einen Aufschlag von 3 Bfa., für die übrigen einen Aufschlag von 2 Bfa., für die Af-forde 10 Prozent Erhöhung, ferner Entlassung eines Arbeiters aus dem Ausschuss und Lohnzahlung am Freitag. — In München haben die in den kleineren Ma-schinenfabriken beschäftigten Metallarbeiter eine Lohnbewegung begonnen. Die vom Gewerbe-gerichts-vorstand angebotene Vermittlung ist von den Unternehmern zurückgewiesen worden. Die Arbeiter wollen zunächst in einzelnen Betrieben in den Streik treten, worauf die Unternehmer die Aus-sperrung ankündigt. — Die Verwalter des mitteldeutschen Kohlenreviers haben erneut durch den Arbeiterschuß Verhandlungen mit den Grubenleitungen anzuknüpfen versucht. Die Unternehmer haben jedoch alle Forderungen rundweg abgelehnt.

Der Streik im Londoner Hafen hat eine ungeheure Ausdehnung angenommen, da fast alle Arbeiterkategorien mit hineingezogen worden sind. Die Zahl der Ausständigen ist vielleicht mit 100 000 nicht zu hoch gegriffen. Tarunter befinden sich etwa 30 000 Seefleute. Die Wirtungen des Kampfes machen sich bereits stark fühlbar. Da große Massen von Lebensmitteln in den Schiffen liegen und nicht zum Verkauf gelangen können, ist für viele Noh-rungsmittel der Preis nicht unerheblich gestiegen. — Auch der Streik der Eisenbahnangestellte auf den nordenglischen Bahnen dauert unver-ändert fort. — In Petersburg streiken die Hafenarbeiter. Ihre Arbeiten werden zum Teil von Militär ausgeführt. Der Streik verheißt den Arbeitern wenig Erfolg, da sie untereinander uneinig sind.

Als Wirkung der Hundstagshitze darf man wohl folgenden Ertrag über Arbeiterferien in sozialdemokratischen „Volksblatt für Halle“ an-sehen:

„Es gibt Reformen, die Arbeiterferien als ein Mittel befürworten, den Arbeiter zufriedener zu machen, indem man ihm dadurch den Kapitalismus „erträglich“ mache. Aber diese Schlaweier dürfen kaum auf ihre Rechnung kommen. Wer die Herrschaft der Natur gründlich genossen hat, wird die schmutzige Steinwüste der Großstadt, wer sich ein paar Wochen frei in stählender Bergluft herumtreibt, wird die Arbeit-sflaute in den Fabrikräumen nachher um so un-erträglich finden. Körperlich mag er gefrückt zu der Arbeitsstätte zurückkehren, seelisch wird er umwölbt unter der Ausbeutung liegen. Und mit um so gewalt-igerer Leidenschaft wird er für den Sozialismus kämpfen, der diese Freiheit, diese Wüste zur Natur nicht nur als kurze Heilkur, sondern als stetige Arbeits-umgebung für alle bringen wird. Nicht darin wurzelt die revolutionäre Kraft des Proletariats, daß die Körperkraft, ohne Gelegenheit zur Neubebauung, matt dahinsinkt, denn dann wird auch der Geist matt und gleichgültig. Wer nie die Schönheit und den Reichtum der Welt mit eigenen Augen sah, kann sich nicht ergeißeln empören. Darum werden Ferien die Arbeiter nicht zufriedener, sondern ungu-tfriedener mit dem Kapitalismus machen. Allerdings kommt es dabei auf die Form an. Geschehen Reformen können die revolutionäre Energie des Proletariats, erlängte Reformen haben sie. Wer den Ferien von Unternehmern aus freien Stücken eingeführt, als Belohnung für gute Führung und mit der Dienzeit steigend, so wirken sie als Mittel der Verflabung. Daher wird es Sache der Gewerkschaften sein, sich für die tarifmäßige Gewährung von Ferien ins Zeug zu legen, damit diese als ein er-lämpftes Recht allen Arbeitern in gleicher Weise zugute kommen.“

Wir müssen beschämt gestehen, daß auch wir einen Fortschritt gegen frühere Zeiten darin erblickt haben, daß mehr und mehr Arbeitgeber den von ihnen beschäftigten Arbeitern einen Sommerurlaub gewähren, selbstverständlich unter Weiterzahlung des Lohnes. Bedauert haben wir nur stets, daß diese Einrichtung noch nicht mehr Verbreitung gefunden hat. Nach dem Halleischen „Volksblatt“ ist das — so müssen wir uns jetzt belehren lassen — gerade ein Vorteil. Trotzdem glauben wir nicht, daß die Beweisführung des „Volksblatt“ allzu viele Ar-beiter überzeugen wird. Die Wehrzahl wird darin eine blödsinnige Scharfmacherei erblicken. Die nur den Erfolg haben kann, daß die Unternehmer es sich für die Zukunft überlegen werden, ob sie ihren Ar-beitern Urlaub geben. Jedenfalls steht fest, daß dem Verfasser obiger Notiz unter allen Umständen ein Sommerurlaub dringend not tut, den er gewis-mäßig in einer Kaltwasserbeilanstalt zubringen dürfte.

Schlechte Aussichten. Die anhaltende Dürre hat zur Folge, daß die Ernte recht wenig ausgiebig ist

und dadurch auch die Volksernährung in recht nachteiliger Weise beeinflusst wird. Verhältnismäßig noch am günstigsten steht es um die Brotgetreideernte. Trotz alledem aber werden auch die Kornpreise im nächsten Winter sicherlich erheblich angezogen werden, namentlich da auch auf Zufuhr aus dem Auslande nicht allzu stark gerechnet werden kann. Hat doch auch Rußland in vielen Gegenden eine Missernte zu verzeichnen. Auch Erbsen und Bohnen sind schlecht geraten, und wenn nicht noch plötzlich schwere Witterung eintritt, muß auch mit einer sehr schlechten Kartoffelernte gerechnet werden. Die sogenannten Frühkartoffeln sind ohnehin schon mürb. Da aber in der Hauptsache die Kartoffelernte erst im September zu beginnen pflegt, so ist immerhin noch Aussicht auf Besserung vorhanden, vorausgesetzt, daß bald der erspönte Regen kommt. Tritt dieser Fall nicht sehr bald ein, dann besteht die Gefahr, daß wir im Winter nicht nur hohe Getreidepreise, sondern auch hohe Kartoffelpreise haben werden. Auch um die Zuckerrüben-ernte ist es sehr schlecht bestellt, so daß es nicht ausgeschlossen ist, daß auch die Zuckerpresse erheblich in die Höhe gehen.

Auch die Fleischversorgung wird durch die schlechte Ernte in Mitleidenhaft gezogen. Für das Vieh ist nicht genug Futter gemächlich. Die Ackerernte hat einen geradezu fäglichen Ertrag gegeben, wodurch namentlich diejenigen Teile der Landwirtschaft stark benachteiligt werden, die die Milchwirtschaft pflegen. Sie sind gezwungen, wegen des Futtermangels das Vieh zu verkaufen, was wiederum eine Verringerung der Milchproduktion und damit eine Verteuerung dieses wichtigen Nahrungsmittels zur Folge haben muß. Allerdings wird für kurze Zeit dadurch der Vorteil erzielt, daß viel Fleisch auf den Markt kommt und dasselbe billiger wird. Indessen wie gesagt kann dies nur vorübergehend der Fall sein, während nachträglich eine um so merklichere Erhöhung der Fleischpreise eintreten wird.

Alles in allem also sieht es sehr böse aus, und die Konsumenten haben alle Ursache, dem kommenden Winter mit Sorge entgegenzusehen. Etwas gemildert werden könnten die Mißstände durch Aufhebung der Futtermittelzölle. Leider aber ist daran bei dem Einfluß unserer Großagrarien, die viel weniger als die kleineren und mittleren Bauern unter diesen Verhältnissen zu leiden haben, nicht zu denken.

Zur Schlichtung von Mietstreitigkeiten ist jetzt nach dem im Jahre 1907 in Solingen gegebenen Vorbilde auch in Frankfurt a. M. ein Einigungsamt geschaffen worden, und zwar auf Vereinbarungen zwischen dem Mieterhusverein einerseits und den Hausbesitzervereinen andererseits. Man hofft auf diese Weise eine große Zahl von Streitigkeiten zwischen Mietern und Hausbesitzern auf nahezu kostenlosem und rasch ans Ziel führenden Wege erledigen und aus den Gerichtssälen fernhalten zu können. Das Einigungsamt wird geleitet von einem beamteten richterlichen Vorsitzenden, dem zwei Beisitzer zur Seite stehen, die vom Mieterhusver-

ein und von den Hausbesitzervereinen zu ernennen sind. Das Gericht hält seine Sitzungen in einem städtischen Raum ab. Vom Oberlandesgerichtspräsidenten ist bereits die Erlaubnis erteilt, daß sich Richter als Vorsitzende an der Einrichtung beteiligen. Das Verfahren ist kostenlos; nur muß die anrufende Partei eine Einschreibgebühr von 1 Mark bezahlen. Es soll darauf geachtet werden, daß der Termin spätestens acht Tage nach der Anrufung stattfindet; berufsmäßige Vertreter der Parteien sollen nicht zugelassen werden.

### Gewerkschaften-Teil.

**§ Breslau.** Die hiesige „Volkswacht“, das „Organ für die werttätige Bevölkerung“, als Streifbrechermittlerin. Seit Februar d. J. besteht in Linz in Oesterreich auf den Schiffswerften ein Streik. Die Metallarbeiterzeitung“ sperrte denn auch Linz seit dem 25. Februar d. J. und bringt auf Seite 64 folgenden Nachtrag:

„Linz (Oberösterreich). Auf der Schiffswerft sind alle Arbeiter in den Streik getreten. Die Firma sucht Arbeiter in Deutschland. Vor Zugang wird dringend gewarnt.“

Eine Mitteilung über die Beendigung des Streiks ist in der Metallarbeiterzeitung nicht zu finden. Wohl aber ist Linz auch in der letzten Nr. 31, ausgegeben am 5. August, noch gesperrt. Trotzdem bringt die sozialdemokratische „Volkswacht“ in ihrer Nr. 185 vom 10. August auf der letzten Seite folgenden Informat:

#### Lüchtige Schiffbauer

„Lüchtige Schiffbauer“ heißt es. Die Nachrichten mit genauen Angaben über Lehr- und Arbeitsstellen, Stand, Alter usw. an das Stabilimento tecnico triestino, Schiffswerfte, Linz a. D.

Das bedeutet nichts anderes als die Vermittlung von Streifbrechern nach Linz durch ein sozialdemokratisches Parteiorgan. Sicherlich wird nun die „Volkswacht“, nachdem sie erlapt ist, versuchen, die Schuld auf den Verantwortlichen des Inzeratenwesens zu schieben. Dieses Manöver wird ihr aber in diesem Falle nicht glücken. Denn es muß festgestellt werden, daß der Metallarbeiterverband in Breslau zwei Bureaus hat, auf denen sich die „Volkswacht“ hätte informieren können, und daß auch der Stadtvorordnete Max Schüb, der Verleger der „Volkswacht“, Vorstandsmitglied des Metallarbeiterverbandes und, wenn wir nicht irren, auch der Breslauer Bezirksleitung ist. Unter diesen Umständen hätte das „Organ für die werttätige Bevölkerung“ denn doch etwas vorlichtiger sein müssen. Jedenfalls sollten sich die sozialdemokratischen Blätter diesen Vorgang zu Herzen nehmen, die gegen Andersgejinnnte so gern gerade mit solchen Vorwürfen bei der Hand sind.

### Verbands-Teil.

#### Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (D. G. V.).

Verbandsklub der Deutschen Gewerkschaften, Weißmalderstr. 221/23. 1. Sitzung nach den Ferien am Mittwoch, den 16. August. Vortrag des Kollegen Johannes Vollstädt über Erbsenen und unbedingt erforderlich. — Gewerkschaften-Liederfest (D. G. V.). Jeden Donnerstag abds. 9—11 Uhr, Leubungsstunde i. Verbandsbause, der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste will.

**Medizinalverband für die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften (Fleisch-Dankes) und deren Angehörige in Berlin und dessen Umkreis.** Sonntag, 13. August 1911, vormittags 10 Uhr Generall-Versammlung in Verbandsbause, Weißmalderstr. 222. Tages-Ordnung: 1. Kassen- und Kassenschriftl. i. und II. Quartal 1911. 2. Von der Behörde angeordnete Statutenänderung. 3. Kenntnisnahme von dem Beschlusse des Vorstandes, Ausschluß der Mitglieder des Vereins der deutschen Kaufleute aus dem Medizinalverband betreffend. 4. Antrag Schloßauer. 5. Geschäftsliches. —

#### Ordnung und Medizinalverbände.

**Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowstr. 43. — **Häfelhof (Weißmalderstr. 222).** Jeden Montag, abds. von 9—11 Uhr i. Verbandsbause, Kurfürststr. 29. Spang. — **Eiserfeld (Barmen (Ortsverband)).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkämpfer, Eiserfeld, Puffenstr. und Erholungstr.-Gde. — **Geislerfeld (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband. Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal G. Simon, Alter Markt. — **Haaren b. Hagen.** Jeden 3. Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr, Distriktsabend bei Luedwigs. — **Halle a. S. (Ordnung).** Der Distriktsklub abds. 8½ Uhr, Sonnabend i. Monat i. Passage-Kaffee, Or. Braubausstr. 11. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abds. 8½ Uhr präz., in Hiltmanns Hotel, Poststr., Distriktsabende. — **Hersloh (Ortsverband).** Jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Janber, Döhrstr. — **Leipzig (Gewerkschaften-Liederfest).** Die Leubungsstunden haben jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Verkehrslokal „Stadt Hannover“, Seegrabenstr. 25, statt. Gäste und kassengebende Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Leipzig (Sängerchor der Gewerkschaften).** Die Leubungsstunden finden jeden Dienstag abds. 8½ Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Kassengebende Kollegen sind herzlich willkommen. — **Leipzig (Distriktsklub für Textil-, Holzgewerbe und Kleindarft).** Sitzung jeden Dienstag abends von 8 bis 10 Uhr bei Redner, Poststr. 38. Gäste willkommen. — **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Baustr. 62. — **Weihenfeld a. S. (Sejungsabteilung der Gewerkschaften).** Leubungsstunde jeden Dienstag, abends 8½ bis 11 Uhr im Verkehrslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Kassengebende Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Weihenfeld (Distriktsklub der Gewerkschaften).** Jeden Mittwoch 9—11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

#### Weberungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

**Deutscher Kaufmännischer Verband (Sip Berlin).** S. Solms, Hauptvorstand, Wilhelmstr. an der Nordbahn, Prinz Heinrichstr. 6. Margarete Silbermann, Hauptgeschäftsführerin, Berlin N. 64, Weinbergweg 6. — **Zentralrat.** S. Solms, Wilhelmstr. an der Nordbahn, Prinz Heinrichstr. 6. Vertreter des Deutschen Kaufmännischen Verbandes.

#### Brickfaken.

Freiburg i. Schlef. Leider bin ich durch Verbandsratsbeschlusse verhindert, die Notiz über das abgetaufene Sommerfest zu veröffentlichen. Ihre Enttäuschung darüber, daß Sie von den umliegenden Vereinen im Stiche gelassen worden sind, ist ja durchaus berechtigt, namentlich wenn Ihr Ortsverband bei ähnlichen Gelegenheiten stets auf dem Posten gewesen ist. In Interesse unserer Sache liegt es in der Tat nicht, wenn bei derartigen Veranstaltungen die Ortsvereine nicht sämtlich auf dem Posten sind.

## Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

### Arbeiter-Sekretär gesucht.

Durch die Wahl des bisherigen Arbeiterssekretärs zum Bezirksleiter ist die Stelle des Arbeiterssekretärs für das Arbeiterssekretariat der deutschen Gewerkschaften zu Duisburg zum 15. September neu zu besetzen.

Rebnerisch begabte und mit den einzelnen Bezirken, insbesondere aber mit der Arbeitersversicherung vertraute Kollegen, welche gewillt sind, diese Stelle zu übernehmen, werden gebeten, ihre Bewerbungsschreiben, Lebenslauf nebst einem Aufsch über die Arbeit und Aufgaben eines Arbeiterssekretärs bis zum 26. August 1911 an den Kollegen Emil Kampbach, Duisburg, Blücherstr. 54 a. n. zu senden.

Das Anfangsgehalt beträgt 1800 M. steigend jedes Jahr um 60 M. bis zum Höchstgehalt von 2400 M. Bedingung ist eine dreijährige Mitgliedschaft im Gewerkschaftenverein.

Die Exakte Kommission  
J. A. Emil Kampbach.

**Dux in Böhmen.** Durchreisende Gewerkschaftenkollegen erhalten ein Nachtquartier und Frühstück oder eine fröhliche Pensionierung in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes deutsch-nationaler Arbeiter-Vereinigungen, Ellsbachstraße 8.

**Schmieda (Ortsverband).** Allen durchreisenden Gewerkschaftenkollegen wird für Nachtquartier eine Unterbringung von 60 Pf. gezahlt. Kartenausgabe bei E. Tragsdorf, Bachstraße 2.

**Olga (Ortsverband).** Durchreisende Gewerkschaftenkollegen erhalten 75 Pf. Ortsgehalt beim Kassierer P. Schmidt, Mohrenstraße 7.

**Widderich a. Rh. (Ortsverband).** Durchreisende Gewerkschaftenkollegen erhalten eine Anweisung für Abendbrot, Nachtquartier und Frühstück bei den Ortsvereinskollegen. Herberge und Arbeitsnachweis im Gasthaus zum „Roten Löwen“, Marktstraße.

**Hannover und Umgegend (Ortsverband).** Durchreisende Gewerkschaftenkollegen aller Berufe erhalten Nachtquartier und Verpflegungskarten hierzu bei Karl Hebel, Steinstraße 32A.

**Hitterfeld (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsgehalt von 75 Pf. bei den Ortsvereinskollegieren ihres Berufs; sind Besuche nicht am Orte vertreten, beim Ortsverbandskassierer S. König, Aderstraße 1.

**Waldenburg i. Schl. (Ortsverband).** Die Herberge für durchreisende Kollegen befindet sich im Schwarzen Adler; die Karten werden vom Kollegen J. Appel, Meusestr. 1, ausgegeben.

**Essen (Ruh).** Herberge zum Heimat. Arbeitsnachweis u. Verpflegungskarten im Gewerkschaftsbureau, Frohnhauserstr. 53.

**Hamburg-Altona.** Durchreisende Gewerkschaftenkollegen erhalten für 2 Tage Unterbringung. Karten sind bei den Ortsvereinskollegieren oder bei dem Ortsverbandskassierer J. G. Lomp, Altona, Gr. Brunnenstr. 17 erhältlich.

**Cottbus (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungskarten im Werte von 75 Pfennig bei allen Ortsvereinskollegieren. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer, Kollegen R. Brungel, Gartenstraße 1.

**Sprottau-Eulau (Ortsverband).** Durchreisende Gewerkschaftenkollegen erhalten eine Unterbringung von 75 Pf. beim Verbandskassierer Kollegen R. Schiener i. Sprottau, Glogauerstraße 10. Arbeitsnachweis ebendasselbst.

**Höbeln.** Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Heu gel in Stelnzners Kohlenhandlung, Zwingenstraße, zu entnehmen.

**Stralsund (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten Karten beim Ortsverbandskassierer S. Stabenow, Mühlstr. 52.

**Schramberg (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 70 Pf. Unterbringung. B. Robert Genter, Schramberg, Wladstr. 18.



Für sofort mehrere tüchtige Stellmacher auf Waggonbau gesucht. Zu melden mit Rückennummer beim Schriftführer E. Hagen, Werdau i. Sa. Heintzstr. 5.

**Hedermünde und Umgegend (Ortsverb.).** Durchreisende Gewerkschaftenkollegen erhalten Reiseunterbringung. Karten hierzu in K. Eckermann b. Kollegen Seidmann, Siegartenerstr. Nr. 19b; in L. Zörgelow beim Kollegen Otto Blohm, Karlshofstr. 16.

**Thorn.** Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachtquartier und früh Kaffee beim Verbandskassierer B. Rowalowski, Thorn, Heiligegeiststr. 7/9.

**Oberhausen (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterbringung im Bureau, Mühlenterrasse 42.